

# Günter Schork - Für Sie im Landtag

## Wahlkreis Groß-Gerau II (WK 48)

Brief aus Wiesbaden

Ausgabe 1/2011



### In dieser Ausgabe

**Begrüßung**

**Bürgermeisterwahlen in Gernsheim und Riedstadt**

**In der Landtagsfraktion**

**Aus dem Landtag:**

**Hessisches Schulgesetz + Lehrerbildungsgesetz**

# Herzlich Willkommen

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

als direkt gewählter Landtagsabgeordneter vertrete ich den Wahlkreis Groß-Gerau II und damit sie, die Menschen aus meiner Heimat, im Hessischen Landtag.

Mit diesem Informationsbrief möchte ich Ihnen meine Arbeit als Wahlkreisabgeordneter näherbringen und Sie über aktuelle Entwicklungen in der Landespolitik auf dem laufenden halten.

Daneben sollen Ihnen Neuigkeiten aus dem Landkreis Groß-Gerau und der Kreispolitik mit dem fortan Regelmäßig erscheinenden *Brief aus Wiesbaden* geboten werden.

Ergänzend zu meiner Internetseite [www.guenterschork.de](http://www.guenterschork.de) können sie sich so über mein Engagement für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Groß-Geraus informieren.

Ich hoffe, daß die kurz angerissenen Themen Sie ins Gespräch bringen – mit mir, mit Ihrer Familie und Freunden oder auch mal mit dem Nachbarn.



A handwritten signature in black ink that reads "Günter Schork". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

## Impressum

Günter Schork MdL  
Hessischer Landtag  
Schlossplatz 1 - 3  
65183 Wiesbaden  
Tel.: 0611-350689  
E-Mail: [g.schork@ltg.hessen.de](mailto:g.schork@ltg.hessen.de)

Günter Schork – Für Sie im Landtag  
Rundbrief aus Wiesbaden  
Ausgabe 1/2011

Verantwortlich im Sinne des § 55 RStV:  
Günter Schork

# Aus dem Wahlkreis

## **Bürgermeisterwahl in Gernsheim - Peter Burger (CDU) neuer Amtschef in der Schöfferstadt**

Der Wahlerfolg Peter Burgers garantiert eine Fortsetzung der erfolgreichen Politik seines Amtsvorgängers Rudi Müller (CDU). Mit Burger können sich die Gernsheimer auf eine weiterhin kompetente, bürgernahe und innovative Führungsfigur freuen.

In der Bürgermeisterstichwahl setzte sich Christdemokrat Burger mit 54 Prozent Stimmenanteil gegen den parteilosen Kandidaten Fahlke (46 Prozent) durch und tritt somit die Nachfolge Rudi Müllers an, der 18 Jahre die Geschicke Gernsheims bestimmte und wie kein anderer die Politik vor Ort prägte.

Am Wahlabend gratulierte CDU-Landtagsabgeordneter Günter Schork dem neuen Bürgermeister der Schöfferstadt (s. Bild) und bezeichnete die Wahl Burgers als verdienten Erfolg nach einem spannenden und intensiven Wahlkampf. Burger stehe für eine bürgerliche Politik zum Wohle Gernsheims.

Als Mitglied im Landtag ist sich Schork ebenso wie als Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion sicher: „Peter Burger wird ein ausgezeichnete Bürgermeister für Gernsheim.“



## **Unabhängiger Kandidat wird Bürgermeister in Riedstadt – SPD verliert weiteren Bürgermeisterposten**

Die Wahl des unabhängigen und parteilosen Werner Amend zum Bürgermeister von Riedstadt stellt eine entscheidende Zäsur dar: Jahrzehnte sozialdemokratischer Parteienwirtschaft haben die Schuldenlast Riedstadt in die Höhe schnellen lassen. Der Wähler strafte diese Politik nun ab und entschied sich am 23. Januar mit 53,9 Prozent eindeutig für einen Politikwechsel im Riedstädter Rathaus.



# In der Fraktion

## Meine Aufgaben in der Landtagsfraktion

Im **Arbeitskreis für Wirtschaft und Verkehr** bin ich als Fraktionsbeauftragter für die Bereiche „Landesentwicklung/ Regionalplanung“ und „Mobilfunk/ Kommunikationstechnologien“ verantwortlich. Außerdem bearbeite ich die Sachgebiete „Berufliche Bildung“ und „Schule/ Wirtschaft“. Hierdurch fällt mir innerhalb der CDU-Landtagsfraktion eine entscheidende Funktion zu, da ich als Bindeglied zwischen wirtschafts- und bildungspolitischen Interessen wirke.

Im **Kulturpolitischen Arbeitskreis** gehören die zentralen Themengebiete aus Bildung und Schule zu meinem Verantwortungsbereich. Insbesondere beschäftige ich mich mit den Fachthemen „Lebenslanges und -begleitendes Lernen“ und insbesondere den Aspekten „Akademien, Erwachsenenbildung und Hessencampus“. Diese wichtigen Themen hessische Bildungspolitik zu fördern bildet, ebenso wie die effektive Verwaltungssteuerung im Schulbereich, einen meiner Arbeitsschwerpunkte.

Wesentliche Eckpunkte meiner Tätigkeit im Kulturpolitischen Arbeitskreis stellen außerdem die Themen „Förderschule und integrativer Unterricht“ dar.

Hierdurch auch das sozialpolitische Profil der Hessischen Landesregierung zu stärken, sehe ich als eine meiner wichtigsten Aufgaben an.

Im **Arbeitskreis Haushalt** fallen die Aufgaben „Haushalt/ Kultusministerium“, „Haushaltsrechnung/ Finanzcontrolling“ sowie „Kommunale Finanzen“ in meine Zuständigkeit.

In Verbindung mit der Funktion als Vorsitzender des **Arbeitskreises Finanzcontrolling** und Verwaltungssteuerung wirke ich somit an zentraler Stelle in einem meiner politischen und beruflichen Fachgebiete: dem Haushalts-, Finanz- und Verwaltungssektor.

## Mitarbeiter

Wahlkreisbüro Groß-Gerau:

Birgit Raschel

Odenwaldstrasse 5

64521 Groß-Gerau

Telefon: 06152 932510

Fax: -932593

[birgit.raschel@gross-gerau.cdu.de](mailto:birgit.raschel@gross-gerau.cdu.de)



Landtagsbüro:

Sebastian Pella, M. A.

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350689

[G.Schork@ltg.hessen.de](mailto:G.Schork@ltg.hessen.de)



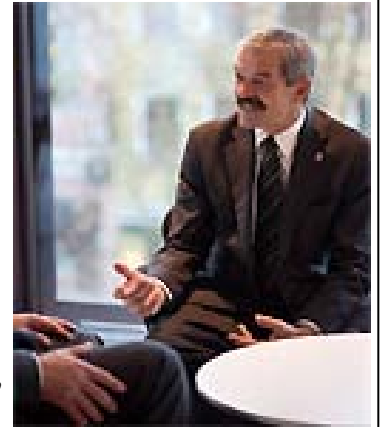
# Landespolitik

## Aus dem Landtag: Hessisches Schulgesetz

### Kernpunkte

#### **Mittelstufenschule**

Um einerseits den Herausforderungen der Arbeitswelt gerecht zu werden, andererseits aber auch den demographischen Wandel – vor allem in ländlichen Regionen – zu berücksichtigen, bedarf es einer Weiterentwicklung der Bildungsgänge für die Haupt- und Realschule. Deswegen haben wir die Mittelstufenschule im Schulgesetz verankert, mit der die Bildungsgänge von Haupt- und Realschule unter einem Dach zusammengefasst werden können. Damit wird eine Qualitätssteigerung in der Schulausbildung von Haupt- und Realschülern erreicht. Kennzeichen der Mittelstufenschule sollen ganztägige Angebote, mehr Praxisbezug und Berufsorientierung sein. In das Konzept werden die positiven Erfahrungen des SchuB-Modells (Schule und Beruf) übernommen. In Kooperation mit modernen beruflichen Schulen sowie Ausbildungsbetrieben werden berufsbildende Fähigkeiten vermittelt. Wir haben mit der Mittelstufenschule eine Schule mit einem gemeinsamen Eingang und zwei Ausgängen geschaffen, so dass es auch weiterhin sowohl den qualifizierten Haupt- als auch den qualifizierten Realschulabschluss geben wird.



#### **Selbstständige Schule**

Die Unterschiedlichkeit der Anforderungen an die einzelnen Schulen fordert eine Stärkung der Selbstständigkeit der Schulen. Durch den Gesetzentwurf wird den Schulen mehr Selbstständigkeit in den Bereichen Unterrichtsgestaltung, Organisation des Schulbetriebs, Haushaltsführung und Personalführung ermöglicht. „Das bedeutet mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten in den Schulen vor Ort und weniger zentrale Vorgaben“, so der Ministerpräsident. Gleichwohl müssten selbstständig arbeitende Schulen die Qualität ihrer Arbeit überprüfen lassen. Kultusministerin Henzler hob hervor, dass Schulen künftig stärker als bisher eigene Profile entwickeln könnten, die auf ihre Schülerinnen und Schüler und auf ihr regionales Umfeld abgestimmt seien.

## Zahlen und Fakten

### **Landkreis Groß-Gerau und seine Gemeinden profitieren von Konjunkturpaketen - schon 30,1 Mio. Euro erhalten**

davon:

- Sanierung und Neubau der Peter-Schöffers-Schule in Gernsheim (Fördervolumen Land: 4 Mio. Euro, davon ausgezahlt 2 Mio. Euro)
- Neubau der Schulkinderbetreuung in Riedstadt (Fördervolumen Land: 0,95 Mio. Euro, davon ausgezahlt 0,95 Mio. Euro)

# Landespolitik

## **Inklusion**

Entsprechend der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen soll die sonderpädagogische Förderung weiterentwickelt werden. Zentrales Ziel dabei ist es, eine bestmögliche individuelle Förderung für alle Kinder zu ermöglichen. Es bleibt dabei, dass betroffene Schüler weiterhin - zum Zeitpunkt der Erstaufnahme in die Schule als auch zu einem späteren Zeitpunkt - einen Anspruch auf Beschulung in einer Förderschule haben. Die Bedeutung des sehr gut ausgebauten hessischen Förderschulsystems wird nicht in Frage gestellt. Alle Kinder werden jedoch zunächst an der Regelschule angemeldet und haben grundsätzlichen Anspruch in der allgemeinbildenden Schule unterrichtet zu werden. Das Entscheidungsverfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs wird in der Hand der Schulleitung in Absprache mit dem Schulamt gebündelt. Hierbei müssen die räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen für die Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden. Kultusministerin Henzler sagte: „Der Gesetzentwurf nimmt die Vorgaben der UN-Konvention zur Inklusion auf, behält aber das Wohl und die bestmögliche Förderung des einzelnen Kindes im Blick. So wird etwa das Verfahren zur Feststellung von Art, Umfang und Organisation des sonderpädagogischen Förderbedarfs künftig wesentlich vereinfacht.“

## **Verbundschulen**

Schulen sollen mehrere Standorte haben können, wenn diese Organisationsform eine sinnvolle Unterrichts- und Erziehungsarbeit sichert und fördert (Verbundschulen). Das bietet insbesondere in ländlichen Gebieten die Möglichkeit, ein Schulangebot in der Fläche zu sichern und im Grundschulbereich kurze Wege zu erhalten. Damit wird dem demographischen Wandel Rechnung getragen. Auch bekommen Schulen die Möglichkeit, sich zu Schulverbänden zusammenzuschließen, um projektbezogen zusammenzuarbeiten und ihre Haushaltsmittel gemeinsam mit anderen Schulen bewirtschaften zu können. Das ermöglicht insbesondere kleinen Schulen einen effizienten Mitteleinsatz und schafft Synergieeffekte.

## Im Leben



Günter Schork im Gespräch mit Bürgern aus seinem Wahlkreis

# Landespolitik

## **Personaldienstleistungsfirmen**

Schulen sollen in Fällen, in denen eine vollständige Unterrichtsversorgung nicht gewährleistet werden kann, mit Anbietern von Personaldienstleistungen Verträge schließen können. Die Entscheidung darüber liegt ausschließlich bei den Schulen. Es muss sichergestellt sein, dass die Bewerber über ausreichende Qualifikationen verfügen. Die Zulassungsvoraussetzungen werden in einer speziellen Verordnung noch genau geregelt.

## **Elternmitbestimmung**

Die Kontinuität der Elternarbeit soll verbessert werden. Damit die Elternmitbestimmung aufgrund der kurzen Verweildauer der Kinder in einzelnen Schulformen nicht ins Leere läuft, wird ein so genanntes Anschlussmandat geschaffen. Bislang scheiden Eltern als Mitglied der Elternvertretung aus, wenn das Kind, für das das Mandat wahrgenommen wird, die Schulform verlässt. Künftig soll es die Möglichkeit geben, dann in der Elternvertretung zu bleiben, wenn ein weiteres Kind des Elternvertreters die Schulform besucht oder wenn, nachdem ein Kind die Schulform verlassen hat, im darauf folgenden Schuljahr ein Geschwisterkind nachfolgt.

## **Hessische Schulpolitik auf einem guten Weg**

Wir sind in Hessen in der Schulpolitik auf einem sehr guten Weg. Es herrscht Verlässlichkeit bei der Unterrichtsversorgung und damit Zufriedenheit bei unseren Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern. Durch eine massive Steigerung des Bildungsbudgets, 1.650 zusätzliche Lehrer allein in den vergangenen beiden Schuljahren und den ständigen Ausbau der Ganztagsangebote haben wir die Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft im Sinne der hessischen Schülerinnen und Schüler fortsetzen. Wir wollen keinen Schüler zurück lassen, vielfältige Chancen eröffnen, den Schulen eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten bieten und schulpolitischen Dauerstreit vermeiden.



Als Mitglied im Kulturpolitischen Ausschuss wirkte Günter Schork an der Ausarbeitung des Hessisches Schulgesetzes mit und konnte insbesondere im Bereich Sonderpädagogische Förderung („Inklusion“) eigene Impulse in den Gesetzentwurf einbringen.

# Landespolitik

## Aus dem Landtag: Hessisches Lehrerbildungsgesetz

### „Gesetzesnovelle führt zur weiteren Verbesserung der Schullandschaft und Entlastung der Referendare“

Der am Gesetzentwurf zur Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes beteiligte Groß-Gerauer Landtagsabgeordnete Günter Schork erklärte im Rahmen der Einbringung im Hessischen Landtag: „Durch die Novellierung des Gesetzes wird die Hessische Schullandschaft weiter verbessert.“

Mit der Verkürzung der Dauer der Vorbereitungszeit für angehende Lehrerinnen und Lehrer von derzeit 24 auf 21 Monate werde auf die bildungspolitischen Entwicklungen in Deutschland reagiert. „Die neuen Einstellungstermine 1. Mai und 1. November führen letztendlich dazu, dass ein nahtloser Übergang in den hessischen Schuldienst ohne lange Wartezeiten möglich ist. Die Reduzierung der zu bewertenden Module von derzeit zwölf auf acht führt darüber hinaus zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen der Lehramtsstudentinnen und Lehramtsstudenten“, so Schork.

In einem weiteren Schritt beabsichtige man schließlich auch eine Erhöhung des Praxisanteils in der ersten Phase der Lehrerausbildung. „Ich freue mich, dass sich die Regierungskoalitionen darauf verständigen konnten, ein Praxissemester in Hessen einzuführen“, so der CDU-Bildungsexperte. „Ein Praxissemester, für das zusätzliche Mittel bereit gestellt werden, das in Teilen semesterbegleitend durchgeführt wird, und das alle an der Ausbildung Beteiligten wie Universitäten, Studienseminare sowie Schulen zusammenführt, ist eine große Chance für junge Menschen, für sich zu erkennen, ob der eingeschlagene Weg der richtige ist oder nicht. Mit dem Praxissemester folgen wir auch den internationalen Entwicklungen und Erhebungen, wonach längere zusammenhängende Praxisphasen als wichtig eingestuft werden“, äußerte Schork abschließend.

## Termine im Wahlkreis

**15.02.2011 19:00** Veranstaltung CDU Raunheim mit Dr. Franz-Josef Jung

**16.02.2011 13:00** Veranstaltung CDU Bischofsheim mit Umweltministerin Lucia Puttrich

**28.02.2011 14:00** Öffentliche Sitzung Kreistag Groß-Gerau

**01.03.2011 19:00** Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht in Bischofsheim

**09.03.2011 18:00** Politischer Aschermittwoch in Nauheim